Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

N^o 35.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 1. September 1905.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover. 15. Jahrg.

Zolltarif und Staffelfeuer.

I.

Der unter Bruch der Geschäftsordnung zustande gekommene Zolltarif hat zu einer Neuordnung der handelspolitischen Beziehungen des Deutschen Reiches mit vorläufig sieben Staaten geführt, mit denen jetzt neue Handelsverträge abgeschlossen sind. Sind in den Handelsverträgen die Zollsätze für die wichtigsten Lebensmittel auch nicht in der von den Wucherparteiern beantragten Höhe angenommen, so besteht kein Zweifel darüber, daß die Wucherpatrioten mit ihrem Lebensmittelverteuerungswert außerordentlich zufrieden und ihre Erwartungen zum größten Teile weit übertraffen sind.

Das gleiche, was von den Landjüngern zu sagen ist, gilt auch für die sogen. schwere Industrie, die Rohmaterialien zur Weiterverarbeitung auf den Markt bringt. Ihr sind Zölle bewilligt, an denen die Großindustriellen, wie der Oberbündler Dr. Diedrich Jahn mit klarem Auge oft konstatierte, verdienen, während die Zölle doch Schutzzölle sein sollen, deren Tendenz sei, das Bestehende zu schützen, aber nicht, neue Riesengewinne zu schaffen. Diese Industrien, wie auch die „notleidenden“ Großgrundbesitzer haben bei der Zolltarifkampagne ihre Beute eingeheimst, ihr Schatz ins Trockne gebracht.

Anderes steht es mit den Industrien der Weiterverarbeitung. Ihre Fabrikate sind nicht entsprechend hoch „geschützt“, so daß die Zusammenlegung dieser Betriebe in wenige Gesellschaften und Angliederung dieser an die Betriebe der Rohmaterialienherzeugung schon jetzt vor Inkrafttreten der neuen Handelsbeziehungen große Fortschritte macht. Die Folge dieser Fusionen ist die Entstehung von Riesengesellschaften, die z. B. in der Montanindustrie Kohlenzechen, Eisengruben, Maschinenfabriken usw. umfassen und dadurch konkurrenzfähiger werden gegenüber den nicht fusionierten Betrieben. Die Folge der Zollgesetzgebung ist also eine Vernichtung der kleinen und mittleren Betriebe, die die Konkurrenz mit den großen Betrieben nicht aushalten können, und die, wenn sie nicht niederkonkurriert werden wollen, gezwungen sind, in einen Ring, Trust oder ein Syndikat, das die „Großen“ schaffen, einzutreten.

Zu dieser letzten Kategorie der Industrien gehört auch die Brauindustrie. Für sie liegen die Verhältnisse aber insofern ungünstiger, als ihr die Möglichkeit, Rohproduktindustrien sich ihr anzugliedern, nicht gegeben ist. Der größte Brauereibetrieb kann keine Kohlenzeche, keine Eisengrube, keine Maschinenfabrik zc. für seinen eigenen Bedarf ausüben und damit den Unternehmergewinn unter Ausschaltung des Zwischenhandels für sich absorbieren. Er kann sich aber auch nicht ohne weiteres auf die Selbstproduktion, den Anbau von Gerste und Hopfen einlassen, schon aus der Natur der Verhältnisse heraus und ferner aus dem Grunde, da auch hier die Verkaufsyndikate diesen Brauereibetrieben bei Mähernten erhebliche Schwierigkeiten bereiten können, denen sich ein Großbetrieb, und nur ein solcher kann in Frage kommen, nicht aussetzen darf. Höchstens und sehr wahrscheinlich ist eine weitere Übernahme der Herstellung des Salzfabrikates Malz, eine weitere Angliederung der Malzfabrikation an die Brauereibetriebe zu erwarten, um den an die Malzfabriken zu zahlenden Aufschlag über die Herstellungskosten des Malzes hinaus, den Betriebsgewinn zc. der Malzfabriken selbst zu verdienen.

Soweit also der Bezug von Rohmaterialien zur Bierbereitung in Frage kommt, wird eine Klenderung nicht platzgreifen, die Brauereien müssen ihre Rohprodukte wie bisher kaufen, aber diese Produkte werden bedeutend teurer, und zwar voraussichtlich um den Betrag, um den der Zoll gesteigert ist.

Das letztere wird ja von den „Zöllnern“ oft bestritten, lediglich, um die Beute, die diese Geschäftspatrioten erg-attert haben, nicht so gewaltig erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist. Wenn keine Gewinne aus der Zollerhöhung heraussprängen, würden die Kraut- und Schlotjunker nicht mit so großen Anstrengungen den Zolltarif unter Dach und Fach gebracht haben. Ohne Wasser mahlen eben die agrarischen und großkapitalistischen Mühlen nicht. Das arbeitende Volk aber hat die Folgen des Zolltarifs in der umgekehrten Weise zu tragen — seine Existenzbedingungen werden ganz bedeutend verschlechtert. Die agrarische Behauptung, daß der Zoll die inländische Ware nicht verteuere, ist blanter Schwindel.

Nun besteht ja auch ein Bierzoll. Dieser betrug bis zum Jahre 1900 4 Mk. und von da ab 6 Mk.

pro Hektoliter. Allein dieser Bierzoll hat nur sekundäre Bedeutung. Die ganze Einfuhr beträgt nur ca. ein Prozent der inländischen Produktion. Das eingeführte ausländische Bier kann auf die hiesigen Biere preisbildend nicht einwirken, und so verliert der Bierzoll ganz und gar den Charakter eines Schutzzolles, er ist ein Finanzzoll und kann in keiner Weise einen Ausgleich für die durch die neuen Zölle herbeigeführte Verteuerung der zur Bierbereitung benötigten Rohprodukte schaffen. Im übrigen wird mehr Bier nach dem Auslande ausgeführt, als eingebracht. Der Wert der Ausfuhr von Bier übersteigt den der Einfuhr um mehr als das Doppelte.

Die Produktionskosten des Bieres werden dagegen erheblich beeinflusst durch den Zoll auf die zur Bierbereitung nötigen Rohprodukte und durch die Höhe der inländischen Braussteuer. Es ist nun zu erwarten, daß durch die Erhöhung der Zölle, namentlich für Malz und Hopfen, diese Waren um den Betrag des höheren Zolles verteuert werden; daneben aber auch alle anderen Gegenstände und Waren, die die Brauerei benötigt, so daß die Brauindustrie infolge der Zollerhöhungen erheblich belastet wird.

Im einzelnen lassen sich die Verteuerungen nicht genau bestimmen, aber an den wichtigsten Waren doch annähernd abschätzen. Solche Schätzungen liegen vor. Zur besseren Orientierung seien zunächst die Zollerhöhungen, die nach den neuen Handelsverträgen hauptsächlich in Frage kommen, mitgeteilt. Es ist für den Doppelzentner erhöht der Zoll auf

Malzgerste von 2,00 Mk. auf 4,00 Mk.,
Hopfen „ 14,00 „ 20,00 „
Malz „ 3,00 „ 5,75 „
Hafer „ 2,80 „ 5,00 „
Mais „ 1,60 „ 3,00 „

Pferde sind verteuert um etwa 150—160 Mk. pro Stück. Für Futtergerste ist eine Ermäßigung des Zolles von 2 Mk. auf 1,30 Mk. eingetreten, aber nur Rußland, Serbien und Rumänien gegenüber. Bei den anderen Staaten bleibt der Zoll von 2 Mk. bestehen.

Bei einer Bierherstellung von ca. 70 Millionen Hektolitern jährlich werden etwa 15,2 Millionen Doppelzentner Gerste verbraucht. Wenn nun der von den Agrariern angestrebte Zweck, die Zollerhöhung im Preise der Ware zum Ausdruck kommen zu lassen, eintritt — und das wird geschehen —, so wird die jährlich benötigte Braugerste um 30 Millionen Mark verteuert.

Der Hopfenverbrauch ist auf 150 000 Doppelzentner jährlich zu veranschlagen; der Doppelzentner ist um 6 Mk. — der Zolltarif sah eine solche um 56 Mk. (!) vor — erhöht, somit der Hopfenbedarf um 900 000 Mk. im Preise erhöht.

Die Pferdehaltung bei den Brauereien bedingt jährlich einen Haferverbrauch von 140 000 Doppelzentnern und bedeutet hier die Zollerhöhung um 2,20 Mk. eine Mehrbelastung von 308 000 Mk.

Für Mais ist der Zoll um 1,40 Mk. erhöht und das bringt bei einem Verbrauch von 35 000 Doppelzentnern eine Mehrausgabe von 50 000 Mk.

Der Futtergersteverbrauch wird infolge der Erniedrigung des Zolles eine Minderausgabe von 14 000 Mk. bedeuten, die aber gegenüber der Verteuerung von Hafer und Mais gar nicht ins Gewicht fällt.

Pferde sind im Brauereibetriebe angeblich etwa 48 000 Stück benötigt. Dieser Bestand wird alljährlich um ca. 6200 erneuert, was bei einem Zollsatz von 160 Mark eine Zollerhöhung von 992 000 Mark ausmacht.

Nach diesen Berechnungen würde die Brauindustrie durch die neuen Handelsverträge um fast 33 Millionen Mark mehr belastet werden. In der „Frankfurter Zeitung“ erschien eine Berechnung unter Einbeziehung des erhöhten Malzsolles mit einer Belastung von 2 300 000 Mark und unter Annahme einer Verteuerung durch den Hopfenzoll in Höhe von 1 080 000 Mark und einer solchen durch den Haferzoll von 1 650 000 Mark, die eine Gesamtbelastung von 37 530 000 Mark vorsah. Die Verteuerung durch den Gersten- und Hopfenzoll allein — bei der Annahme, daß aus einem Doppelzentner Malz 6,13 (?) Hektoliter Bier gewonnen werden — berechnet das „Hamb. Fremdenblatt“ auf 25 1/2 Millionen Mark.

Sonach würde die Gesamtbelastung von 33 Millionen Mark eine nicht zu hoch geschätzte sein. Ihr Ergebnis ist aber, daß der Hektoliter Bier um 47 Pf. verteuert wird; nach den anderen beiden Schätzungen um 55, bezw. 37 Pf. Eine Brauerei von 50 000 Hektolitern Ausstoß würde also 20 000 bis 27 000 Mark,

eine solche von 100 000 Hektolitern 37 000 bis 55 000 Mark mehr für die Herstellung des Bieres ausgeben müssen. Daß die Brauereien diese Mehrbelastung allein tragen wollen; ist nicht anzunehmen. Sie werden vielmehr versuchen, einen Ausgleich zu schaffen oder die Mehrbelastung auf andere Schultern abzuwälzen.

Ein Pfarrer über die Organisation.

Der Pfarrer Pflüger, Birtsch, äußerte sich jüngst über die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation folgendermaßen:

„Warum sollen sich die Arbeiter organisieren? Weil die Organisation, die Vereinigung, allein das Mittel ist für die Befreiung der Arbeiter aus Abhängigkeit und Not, für die Besserstellung und Hebung des arbeitenden Volkes. Der einzelne für sich allein ist machtlos, ausgeliefert auf Gnade und Ungnade seinen mächtigen Arbeitgebern, ausgesetzt der Gefahr der Arbeits- und Existenzlosigkeit; die Arbeiterkraft in ihrer Vereinigung ist unüberwindlich: „Alle Mäder stellen sich, wenn ihr starker Arm es will.“

Warum kann die Organisation allein den Arbeitern helfen? Die Arbeiterorganisationen vermögen höhere Arbeitslöhne für die Arbeiter zu bewirken und die Herabsetzung der bestehenden Löhne zu verhindern. Solange ein Arbeiter allein mit seinem Arbeitgeber unterhandelt, ist er der weit schwächere Teil. Unter dem Zwange der drohenden Arbeitslosigkeit verrichtet er die Arbeit um einen geringen Lohn, ja, er läßt sich die Herabsetzung seines Lohnes gefallen. Verweigert er die Arbeit, so tritt ein anderer Arbeiter an seine Stelle; keine Rede davon, daß der Arbeitgeber sein Geschäft einstellen möchte, wenn ein oder mehrere Arbeiter einzeln die Arbeit einstellen. Ganz anders stellt sich die Sachlage, wenn die Arbeiter eines Gewerbes oder eines Geschäftes zu einer Gewerkschaft organisiert und also solidarisch verbunden sind. Dann steht dem Arbeitgeber die ganze Gewerkschaft beim Abschluß eines Lohnvertrages der Arbeiter gegenüber. Wenn die organisierte Arbeiterschaft mit Arbeitseinstellung droht, dann entsteht für jeden Arbeitgeber die Gefahr der Geschäftseinstellung. Und den durch die Geschäftseinstellung erwachsenden Schaden, vielleicht sogar drohenden Ruin fürchtet der Arbeitgeber noch mehr, als der Arbeiter die Arbeitslosigkeit. In der Arbeiterorganisation tritt dem Arbeitgeber ein gleich starker Kontrahent entgegen, und man kann dann von einem festen Vertragsabluß reden, während der einzelne Arbeiter nicht frei, sondern in einer Zwangslage — der Gefahr des Verhungerns — seine Arbeitskraft an den Arbeitgeber verkauft.

Der einzelne Arbeiter hat in gewissen Fällen keine Ahnung, daß seine Arbeit einen hohen Wert hat, und daß der Arbeitgeber im Ernstfall ihm eher den Lohn verdoppeln, als ihn entlassen würde. Aber wenn und weil der einzelne diese Sachlage meist nicht kennt, so kann er sie auch nicht ausnützen und mit Nachdruck seine Forderungen stellen. Das ändert sich im Lohnkampf, den die gesamte Arbeiterorganisation führt; denn an deren Spitze befinden sich Männer, die die einschlägigen Arbeits- und Lohnverhältnisse gründlich kennen. Diese Männer können auch besser als der einzelne Arbeiter beurteilen, welcher Zeitpunkt der richtige und günstige ist, um Forderungen zu stellen und in die Lohnbewegung zu treten. Ueberhaupt ist nicht der einzelne, sondern bloß die organisierte Arbeiterschaft imstande, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Organisation widersteht sich mit Erfolg einem Uebermaß der Arbeitszeit, das mit der sittlichen Würde des Menschen nicht vereinbar ist; sie setzt hygienische Forderungen durch; sie stemmt sich gegen die Beinträchtigung staatsbürgerlicher Rechte, wie z. B. gegen die Entlassung von Arbeitern, die von ihrem Vereinsrecht Gebrauch gemacht haben; sie weist rohe Behandlung oder unsittliche Zuwendungen seitens brutaler und sittenloser Vorgesetzter energisch zurück.

Was für weitere Vorteile bieten die Organisationen den Arbeitern? In den Arbeitervereinen und Gewerkschaften findet der Arbeiter Belehrung durch Vorträge, Vorträge und Diskussionen; er wird aufgeklärt über die Ursachen und Wirkungen der sozialen Not, über das Verhältnis von Weib und Arbeit, über seine eigene Lage und über die Mittel zur Hebung der Not und Armut. In den Arbeitervereinen findet der Arbeiter treue Freunde und Genossen; die Organisation bietet ihm in der Not eine Stütze, im Fall der Krankheit Hilfeleistung. Nicht zu Trinkgelagen und zu leichtfertiger Verschwendung verleiten die Arbeitervereine, sondern zu treuer Freundschaft und folldber, charakterfester Lebensführung halten sie an.

Die Arbeitgeber sollten eigentlich das Gedeihen der Arbeiterorganisationen begrüßen und begünstigen. Denn die organisierten Arbeiter sind im allgemeinen tüchtig und solide. Trunksucht und Wankmuthen vertragen sich nicht mit der Disziplin; ja, es gibt Arbeitervereine, die lüderliche Elemente statutenmäßig ausschließen.

Bauern und Handwerker haben an der Organisation der Arbeiterschaft ein direktes Interesse. Ihr Los ist davon abhängig, ob die Arbeiter guten Lohn haben, also kaufkräftig sind oder nicht. Handwerker sollten nicht bloß daran denken, daß ihre eigenen Gesellen nach ordentlicher Böhnung streben, sondern auch erwägen, daß Schuhe, Kleider, Möbel, Brot, Fleisch, Holz und so viele andere Gegenstände des Haushaltes um so mehr Absatz finden, je bessere Böhne die gesamte Arbeiterschaft erhält. Von dem Verbrauch der reichen Leute allein könnten die Handwerker auch nicht leben. Sie gedeihen um so besser, je mehr die Arbeiter Anschaffungen machen können, während arme, schlecht bezahlte Arbeiter weder dem Handwerkerstand noch dem Bauernstand Verdienst geben können. Auch die Vermieter, Krämer und Milchverkäufer haben weniger Verluste zu riskieren, wenn die Arbeiterschaft ordentlichen Lohn hat.

Ist es recht und billig, das Streben des Arbeiters nach Besserung seiner Lage zu verurteilen? Was beim Handwerker und Geschäftsmann „strebsam“ heißt, wird beim Arbeiter „unzufrieden“ genannt; was dort als Trieb zum Vorwärtstommen gelobt wird, wird beim Arbeiter nicht selten als Begehrlichkeit und Leidenschaft gebüchelt. Man messe doch mit gleicher Waage! Die Beamten erstreben bessere Stellen, die Beamten höheren Gehalt, die Geschäftsleute größeren Umsatz — die Lohnarbeiter

mit gleichem Rechte befragen! Daß der Arbeitgeber das Recht habe, sein Geschäft zu schließen, wenn es ihm zu wenig einbringt, gilt als selbstverständlich; ebenso hat niemand etwas einzuwenden, wenn der Handelsmann seine Waren nicht auf den Markt bringt, so lange ihm die Preise zu niedrig scheinen. Wer wollte bezweifeln, daß die Arbeiter das gleiche Recht haben, ihre Ware, die Arbeitskraft, zu anständigen Preisen loszulassen und ihre Arbeit einzustellen, wenn die Arbeitsbedingungen unbillig sind!

Die Arbeitgeber haben sich schon längst organisiert; wollen die Arbeiter zurückbleiben? Die Fabrikanten schließen mächtige Unternehmerverbände, die Großhändler bilden Ringe und Kartelle, die Handwerksmeister organisieren sich in Meisterverbänden, Lehrer und Pfarrer haben ihr Kapital und Gesellschafter. Die Starren erhöhen also durch Vereinigung ihre Kraft, und die Schwachen sollten sich selbst durch Vereinigung zur Ohnmacht verdammen? Wer besser organisiert ist, ist ein Vorteil. Darum tritt in eine Organisation ein, Arbeiter und Arbeiterin, du bist es deiner Familie und deinem Stube schuldig, daß durch nichts dich einschüchtern, deinen Brüdern sich anzuschließen zum Schutz der Arbeit, und unentwegt zur Organisation zu stehen.

Nicht bloß euer eigenes Interesse, die Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft, die Moral und Bruderliebe verpflichten euch zur Organisation. Darum tretet bei zur Organisation! — Das ist ein amtlicher Geistlicher, der den Arbeitern diese Wahrheit predigt, die so viele Arbeiter selbst leider noch nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen. Mögen die Indifferenten dieses beherrschigen. Besonders erwähnenswert ist noch, daß der christliche Pfarrer die Arbeiter zum Eintritt in die freien, in die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften auffordert, da es in Büch, „christliche“ Gewerkschaften nicht gibt.

Lohnbewegung und Tarifabschluss in Augsburg.

Jahrelang arbeiteten die Augsburger Brauereiarbeiter unter äusserst unregelmäßigen und rückständigen Verhältnissen sowohl in bezug auf Löhne, als auch in bezug auf Arbeitszeit und besonders auch Sonntagsarbeit; jahrelang klagten die organisierten Brauereiarbeiter über diese Zustände und bemühten sich, die große Masse der Unorganisierten für den Verband zu gewinnen, um kraft der Organisation einmal den Anfang zur Besserung zu machen und Augsburg allmählich in die in bezug auf Arbeitsbedingungen vorgeschrittenen Städte einzureihen, und jahrelang waren ihre Mühen vergebens oder doch nur von einem nicht nennenswerten Erfolg gekrönt. Viel ist in den Jahren verflüchtigt worden, schon mancher konnte geregelt und besser sein, wenn die Augsburger Brauereiarbeiter insgesamt schon früher den Mahnungen der organisierten Kollegen Gehör geschenkt hätten. Nun endlich, wenn auch spät, ist die Erkenntnis unter die Augsburger Brauereiarbeiter gekommen, daß, falls besser werden, sie sich organisieren müssen. In erfreulich großer Zahl traten sie dem Brauereiarbeiterverband bei, nur wenige stehen noch abseits und konnte nur aus Verleugung, den Arbeitgebern die Wünsche der organisierten Brauereiarbeiter antwortet werden.

Über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung haben wir berichtet. Am 21. August fand in Anwesenheit des Hauptvorstehenden und Gauleiters wieder eine äußerst stark besuchte Brauereiarbeiterversammlung statt, um die Antwort der Arbeitgeber auf die eingereichten Forderungen entgegen zu nehmen. Derzeit waren 46 Brauereien mit ca. 400 Organisierten, nur drei freie Betriebe waren nicht vertreten. Die Antwort der Arbeitgeber, wie sie der Versammlung vorgetragen wurde, zeigte von herabstimmend wenig Entgegenkommen. Die Arbeitgeber bewilligten eine 11stündige effektive Arbeitszeit, in der Zeit von früh 4 1/2 bis abends 6 Uhr während der Sudperiode, sonst 10 1/2 Stunden; Ueberstunden sollte jeder zu machen verpflichtet sein, aber ohne Entschädigung. Die Arbeitszeit des Jahrespersonals sollte sich nach Beginn und Dauer der Stallarbeit richten. Am Sonntag sollten nur die „unausschießbaren“ Arbeiten erledigt werden. Als Löhne waren angegeben für Brauer, Mälzer, Maschinenisten 85 Mk. monatlich, für das Jahrespersonal 75 Mk., Hof- und Hülfсарbeiter 65 Mk., Feiger sollten den ortsüblichen Tagelohn von 2,30 Mk. erhalten. Dabei sollten die Arbeiter noch für jeden Schaden mit dem Lohn haften. Auch Urlaub sollte es geben bis zu einem halben Tag bei Kontrollversammlungen zc. in Rücksicht auf die Bestimmungen im § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Hof- und Bogiszmang sollte aufgehoben werden, doch wurde gewünscht, daß die Bedigen in der Brauerei wohnen. Koalitionsfreiheit sollte gewährt, aber die Vertreter der Organisation sollten zur Verhandlung bei Differenzen nicht zugelassen werden. Das war im wesentlichen alles. Sämtliche Bedner bezeichneten dieses Angebot als unannehmbar und beantworteten sofortige Proklamierung des Streiks. Der Vorstand der Brauerei nennt den Tarifvorschlag der Unternehmer eine Arbeitsordnung, bei der letztere nicht geben, sondern nehmen wollten. Er erwähnt jedoch die Kollegen zur Bewahrung ruhigen Blutes und zur Besonnenheit. Es solle nochmals versucht werden, mit den Arbeitgebern mündlich zu unterhandeln; die Entscheidung müsse aber in den nächsten Tagen fallen. Nach einem Appell an die Disziplin und Einigkeit der Brauereiarbeiter wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute hier im „Café Maximilian“ tagende große öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung nimmt die Antwort der Brauereibesitzer auf den eingereichten Tarif zur Kenntnis. Sie bedauert auf das lebhafteste, eine solche Antwort erhalten zu haben. Die Versammlung hofft, daß wenn die Unternehmer den Frieden im Gewerbe wünschen, sie ein weiteres Entgegenkommen zeigen werden, damit der Abschluß des Tarifes in kürzester Zeit erfolgen kann. Augsburgs Stellung in der Bierproduktion schafft Verpflichtungen auch in sozialpolitischer Hinsicht. Die Versammlung erwartet, daß die Brauereibesitzer in Augsburg so viel soziale Erkenntnis zeigen, daß sie mit der gewählten Kommission in mündliche Unterhandlung treten werden, wie dies die Brauereibesitzer auch in anderen Städten getan haben. Die Brauereiarbeiter sprechen ihren Vertretern auch für die ferneren Verhandlungen weiteres Vertrauen aus und erwarten die baldige Erarbeitung einer zweiten öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung. Die Versammlung ist auch der festen Überzeugung, daß die gesamte Arbeiterschaft Augsburgs die Brauereiarbeiter in ihrem gerechten Kampfe unterstützen wird.

Am 23. August fand dann eine Sitzung der Kommissionen beider Teile statt, die von 5 bis 11 Uhr dauerte. Zu diesem Zweck ausgearbeiteten Tarifentwurf nahm die Generalversammlung der Arbeitgeber am Donnerstag Stellung. Derselbe stieß bei den kleinen Besitzern auf heftigen Widerstand. Es folgten dann noch Verhandlungen am Donnerstagabend und Sonnabendmorgens, wo dann endlich der Tarifvertrag fertig gestellt und von beiden Seiten unterzeichnet wurde. Derselbe lautet:

Tarif-Vertrag.

Zwischen der Vereinigung Augsburger Brauereien und dem Augsburger Zweigverein des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter wurde heute, am 26. August 1907, folgender Tarifvertrag abgeschlossen:

§ 1. Die Vertragsschließenden erkennen sich gegenseitig als die zur Vertretung der Interessen der Unternehmer einerseits, der Brauereiarbeiter aller Kategorien andererseits berufene Organisation an, sie verpflichten sich, die Koalitionsfreiheit nicht in Frage zu stellen.

§ 2. Die Arbeitszeit. Die Präsenzzeit für sämtliche in der Brauerei beschäftigten Arbeiter (mit Ausnahme der Maschinenisten, Feiger, Bierführer, Handwerker und Tagelöhner) dauert 13 Stunden, und zwar von früh 5 Uhr bis abends 6 Uhr mit 2 1/2 Stunden Pausen, die dem jeweiligen Betriebe anzupassen sind, so daß die tatsächliche Arbeitszeit 10 1/2 Stunden zu betragen hat. Jedoch ist die Mittagspause auf mindestens 1 1/2 Stunde auszudehnen.

In Brauereien, wo nur ein Maschinenist oder ein Feiger beschäftigt ist, hat derselbe eine 10 1/2stündige Arbeitszeit zu verrichten.

Die Arbeitszeit der Bierfahrer beginnt um 1/5 Uhr (4 1/2) morgens.

§ 3a. Bei allen auf der Brauerei beschäftigten Personen ist auf die gesetzlichen Bestimmungen der Sonntagsruhe des § 105b der Reichsgewerbeordnung nicht nur auf das Genaueste Rücksicht zu nehmen und die ungeselligen Arbeiten, wie Bierfassen, Fäpucken, Kellerfheuern und sonstige Arbeiten, deren Nichterledigung an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen dem Hauptprodukt nicht vererblich ist und der wertigste Betrieb dadurch keinen Schaden erleidet, überhaupt vollständig abzuschaffen; insbesondere ist eine Ueberfreierung der Arbeitszeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen auf mehr als 3 (drei) Stunden zu vermeiden. Die Trennung der drei Stunden ist nur für Mälzerei und Gärtler vorgesehen.

§ 3b. Wenn mehr Sonntagsarbeit als drei Stunden unbedingt verrichtet werden muß und es der Betrieb erfordert, so ist jede weitere Stunde mit 50 Pf. zu entschädigen.

§ 3c. Jedem Arbeiter ist zum mindesten jeden 3. Sonntag und gesetzlichen Feiertag eine ununterbrochene Ruhe von 35 Stunden zu gewähren. Sollte es jedoch vorkommen, daß der Betrieb mehr Arbeitskräfte erfordert, als Arbeiter verpflichtet sind, zu arbeiten, so haben diejenigen Arbeiter, welche ihren freien Sonntag oder Feiertag haben, freiwillig gegen Bezahlung pro Stunde mit 50 Pf. solange zu arbeiten, bis die notwendigen Arbeiten verrichtet sind.

§ 3d. Für Brauer, Mälzer, Maschinenisten, Feiger und dergl., welche anstatt der Tagelohnarbeit die auf das technisch irgendwie zulässige Maß einschneidende Nachtarbeit haben, ist bei zwölfstündiger Präsenzzeit die Arbeitszeit nicht länger als 10 Stunden auszudehnen.

§ 3e. Bei Nachtarbeiten und Bierlaufen bei Nacht, sofern solches gemacht wird und die 10 1/2 Stunden Arbeitszeit überschreitet, ist jede Ueberstunde mit 40 Pf. zu entschädigen.

§ 3f. Lohnverhältnisse. Als Mindestlohn für Brauer gelten pro Woche 21 Mark im ersten Jahre und 22 Mark im zweiten Jahre. Als Mindestlohn für Maschinenisten und Montoure 22 Mark. Als Mindestlohn für Feiger, Bierführer, Kuchler und Fuhrwerkspersonal pro Woche 20 Mark. Als Mindestlohn für Brauereihilfsarbeiter, sowie Haus- und Hoftagelöhner pro Woche 17 Mark.

§ 3g. Der Lohn steigert sich nach zwei Jahren für alle Arbeiter jeder Kategorie um 1 Mark pro Woche nach Inkrafttreten des Tarifes.

Die Zwangslage hebt sich auf und ist jedem Arbeiter freigestellt, mit seinem verdienten Lohne Schwären, Müllern und Abendessen zu beziehen, wo es ihm beliebt.

§ 3h. Denjenigen Hülfсарbeitern, welche die Arbeit eines besser bezahlten Arbeiters zu verrichten haben, ist auch dessen Lohn zu bezahlen.

§ 3i. Der Lohn ist allmähentlich jeden Freitag auszubezahlen und ist die Woche zu 7 Tagen bei den Brauern, Mälzern, Bierführern, Maschinenisten und Feigern gerechnet; bei den Hülfсарbeitern und sonstigem Personal zu 6 Tagen.

§ 3k. Das in Natura bezogene Freibier besteht und ist nur gutes, wie an die Kundenschaft verabfolgtes Bier zu verabreichen. Ueber 7 Liter werden nicht abgegeben und soll das Bier nur während der Pausen geholt werden dürfen. Neueintretende Brauer und Mälzer erhalten täglich 6 Liter Freibier; die den ganzen Tag im Keller Beschäftigten erhalten 4 Biermarken. Maschinenisten und Montoure 5 Liter, Feiger 5 Liter, Bierführer 4 Liter, Brauereihilfsarbeiter, Haus- und Hoftagelöhner 3 bis 4 Liter. Den außerhalb der Brauerei Wohnenden ist es gestattet, mittags 1 Liter und abends bis zu 2 Litern mit nach Hause nehmen zu dürfen und darf das Bier nur von Familienangehörigen geholt werden. — Bei Arbeiten an Sonn- und Feiertagen werden 3 bis 4 Liter gewährt, denjenigen, welcher nicht zu arbeiten hat, erhält kein Bier. Die Jourhabenden erhalten ihr volles Bier.

§ 3l. Die Brauerei verpflichtet sich, für entsprechende, in ihrer Einrichtung und ihrem Umfang die Höchstzahl der beschäftigten Arbeiter berücksichtigende Bade-, Eß- und Ankleide Räume bestens Sorge zu tragen.

§ 3m. Die Brauereien steht das Recht zu, Arbeitnehmer unter Innehaltung der gesetzlichen Kündigungssfrist oder der in den Arbeitsordnungen festgesetzten Bestimmungen zu entlassen. Eine Verpflichtung zur Angabe des Entlassungsgrundes besteht nicht.

Die Brauereien sind ferner berechtigt, Arbeitnehmer ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist auf Grund der im § 123 und 124a der Gewerbeordnung oder der in den Arbeitsordnungen enthaltenen, hierfür maßgebenden Bestimmungen sofort zu entlassen.

Die Jugendzeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung darf ebensowenig einen Grund zur Entlassung von Arbeitnehmern geben, wie die Tätigkeit oder Agitation für eine der vorgedachten Organisationen außerhalb des Betriebes, es sei denn, daß sich der betreffende Arbeitnehmer einer Verhöhnung oder Beleidigung seines Arbeitgebers bzw. seiner Angehörigen oder einer absichtlichen Schädigung der geschäftlichen Interessen seines Arbeitgebers schuldig gemacht hat.

Der Besuch der Arbeitnehmer in den Wohnräumen der Brauerei während der freien Zeit ist gestattet.

Bei Arbeitsausstellungen infolge der Beendigung des Mälzereibetriebes oder sonstigen Arbeitsmangels erfolgt die Ausstellung der Braugefäße in der umgekehrten Reihenfolge der Einstellung. Dem Arbeitnehmer bleibt es unbenommen, hiervon Ausnahmen zu machen, wenn ihm solche mit Rücksicht auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des hier von Betroffenen geboten erscheinen.

Die aus solchem Anlaß Ausgestellten werden, wenn sie bei Wiederbeginn des Mälzereibetriebes oder bei erhöhtem Bedarf an Arbeitskräften um Arbeit nachsuchen, wieder eingestellt, und zwar in der umgekehrten Reihenfolge der Ausstellung, sofern dem nicht besondere Gründe, wie z. B. ungenügende Arbeitsleistung oder Krankheit entgegenstehen.

§ 3n. Brauereiarbeiter, welche im Interesse ihrer Kollegen im Betriebe oder für die Gesamtheit ihrer Berufsgenossen, im Interesse der Schlichtung von Differenzen tätig zu sein haben, die zu Mitgliedern des Gewerbegerichts, zu Delegierten der Ortskrankenkasse oder zu Mitgliedern von Schiedsgerichten für Arbeitervermittlung und dergleichen gewählt sind, wird seitens der Betriebsleitung die für Ausübung etwaiger Tätigkeit in derartigen geschäftlichen Angelegenheiten notwendige Zeit freigegeben, sofern sie darum nachsuchen. Wird für derartige Tätigkeiten den Arbeitnehmern Entschädigung gewährt, so kommt der Lohn für die Zeit der Abwesenheit vom Dienste in

Wegfall, sofern aber die Vergütung unter dem Lohnbezug zurückbleibt, kommt die Differenz zwischen Lohnbezug und Vergütung zur Auszahlung.

§ 9. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches darf weder durch Arbeitsordnung noch durch Arbeitsvertrag außer Kraft gesetzt werden, und ist in Krankheitsfällen vom 1. bis zum 15. Krankheitstage die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn zu vergüten; jedoch darf während dieser Zeit kein Bier in Anspruch genommen werden.

§ 10. Gewährt wird bei Kontrollversammlungen einen halben Tag, bei Musterungen und familiären Vorkommnissen bis zu einem Tag Urlaub. Bei militärischen Übungen wird bis zu 30 Tagen je 1 Mk. vergütet.

§ 11. Keiner der in der Brauerei beschäftigten Arbeiter irgend welcher Kategorie ist nach Inkrafttreten dieses Tarifes in irgend einer Hinsicht, vor allem auf den Lohn bezüglich, ungünstiger zu stellen als vor dem Abschluß.

Gratifikationen, soweit solche gewährt werden, sind nicht in Abzug zu bringen. Bisherige höhere Löhne können beibehalten und bestehende Prämien bzw. Nebenbezüge zum Lohn verrechnet werden.

§ 12. Etwaige Differenzen sind durch eine von den Arbeitern zu wählende Kommission unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreters zu prüfen, ehe die Angelegenheiten in der Öffentlichkeit erörtert werden.

§ 13. Bierkutschler, welche Bandtouren zu fahren haben, erhalten für einen ganzen Tag 2 Mk. Für Ausfahrten an Sonntagen, sofern dieselben länger wie 4 Stunden zu fahren haben, ist ebenfalls eine Vergütung von 1 Mk. zu bezahlen.

§ 14. Eine Maßregelung der organisierten Arbeiter seitens des Arbeitgebers darf nicht erfolgen; ebenso muß auch den nicht organisierten Kollegen der gleiche Schutz zuteil werden.

§ 15. Gegenwärtiger Vertrag ist gültig für die Zeit vom 1. September 1905 bis zum 1. September 1907. — Falls dieser Vertrag nicht zwei Monate vor Ablauf der festgesetzten Zeit von einer der beiden vertragsschließenden Parteien gekündigt wird, so gilt er auf ein Jahr weiter und zwar so lange, als bis nicht in irgend einem Jahr zwei Monate vor Ablauf des Tarifes von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt wird. Der Tarif hat keine Rückwirkung.

Zur Auftrage des Vereins Augsburger Brauereien.

geg.: W. Hartmann, 1. Vorstand.

geg.: Joseph Orner, 2. Vorstand.

Für den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

geg.: G. Bauer, Zentralvorsitzender.

geg.: Oswald Schrems, Gauvorsitzender.

geg.: Eduard Ullrich, Vorsitzender des Zweigvereins.

geg.: Georg Drehslein, Vorsitzender der Lokalkommission.

geg.: Johann Heigl, Obmann der Bierfahrer Augsburgs.

Der Erfolg, der durch den Tarifvertrag für die Gesamtheit der Brauereiarbeiter erzielt wurde, kennzeichnet sich schon bei Gegenüberstellung der Tariffätze mit dem letzten Angebot der Arbeitgeber. Tatsächlich betragen bisher die Mindestlöhne der Brauer, Maschinenisten und Bierfahrer 75 Mk., der Feiger 70 Mk. monatlich, der Hülfсарbeiter 2,30 Mk. täglich; in den meisten Brauereien wurde noch Kost gegeben, dort war der Lohn 30 bis 52 Mk. monatlich. Die Arbeitszeit war im Betriebe 12 bis 15 Stunden. Keine Jour wurde bezahlt und keine Ueberstunden; einen freien Sonntag gab's nicht. Auch von der Vergünstigung auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches war keine Rede, von den sonstigen Verhältnissen, die eine Regelung und Verbesserung erfahren haben, ganz abgesehen.

In einer sehr stark besuchten Brauereiarbeiter-Versammlung am 26. August erstattete der Vorstand der Brauerei Bericht über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen. Er bemerkte, daß zwar mancher gedacht habe, mehr zu erreichen, aber man könne zufrieden sein, denn es komme in Betracht, daß der Tarif, der eine bedeutende Verbesserung bringe, auf friedlichem Wege zustande kam und infolgedessen einen höheren Wert habe, als wenn schließlich einige Verbesserungen mehr durch einen scharfen Kampf hätten erzwungen werden müssen. Die Unternehmer haben die Arbeiterorganisation als zu beachtenden Faktor kennen gelernt, und andererseits achten auch die Arbeiter die Organisation der Unternehmer. Eine kolossale Erregungsschicht für die Arbeiter ist, daß der Zentralverband der deutschen Brauereiarbeiter als alleinige Vertretung der Brauereiarbeiter sämtlicher Kategorien anerkannt worden ist. Es ist den Arbeitnehmern in Zukunft nicht mehr möglich, die Arbeiter nach Willkür von früh bis abends zu beschäftigen, der Arbeitszeit sind feste Grenzen gezogen und auch der Ueberzeitarbeit ist ein Gehalt geboten, indem jede Ueberstunde bezahlt werden muß, was bisher nicht der Fall war. Vor allem aber werden die Brauereiarbeiter die nun tariflich festgelegte Sonntagsruhe als Wohlstand empfinden. Das sei allerdings der wichtigste Punkt bei den Verhandlungen gewesen, und mancher Kleinbrauer glaubte beim Verschluß dieser Pille erstickt zu sein. Haben die Lohnsätze auch nicht die gewünschte Höhe erreicht, so bedeutet die erlangte Höhe doch immerhin einen guten Fortschritt. Hülfсарbeiter, die bisher 13-14 Mk. pro Woche erhielten, bekommen in Zukunft 17 Mk. Mindestlohn und auch — was bisher nicht der Fall war — die Feiertage bezahlt, und bei den anderen Arbeiterkategorien macht die Erhöhung des Mindestlohnes bis zu 24 Mk. aus. Auch das Freibier wurde geregelt, und mit Recht meinte der Referent, es wäre viel besser, wenn die Brauereiarbeiter nicht so viel trinken würden, im Interesse ihrer Gesundheit und ihrer Familie und auch die persönliche Intelligenz des einzelnen würde bei mehr Enthaltbarkeit gesteigert werden. Daß die Arbeiter in ihrer freien Zeit Besuch empfangen dürfen, gilt auch als Errungenschaft, denn bisher galten die Brauer in ihren Schlafkammern als Gesangene.

In der Diskussion wurde gerügt, daß in der Brauerei S. Riegele (Kühn) ein Arbeiter wegen Beitritt zur Organisation entlassen wurde, was auch die Kommission der Brauereibesitzer als unzulässig bezeichnet habe. — Ein Schäffler drückt über den Erfolg der Brauereiarbeiter diesen seinen Glückwunsch aus und bittet, die Brauereiarbeiter möchten auf die Schäffler einwirken, daß auch diese einmal zur Besinnung kommen und dem Ruf der Organisation Folge leisten. Die Schäffler haben zwar sich der Hoffnung hingegeben, bei der Lohnbewegung der Brauereiarbeiter werde auch für die Schäffler etwas herauskommen, ohne daß sie die Organisation brauchen, nun aber werden sie, wollen sie auch einmal menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen, wohl dem Beispiel der Brauereiarbeiter folgen und sich zusammenschließen müssen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Tarifes gegen nur 2 Stimmen. (Allseitiges Bravo.) In seinem Schlusswort hob der Referent noch hervor, daß die Versammlung mit dem eben betätigten Aufheben der Pande zugleich den Schwur geleistet haben, in Zukunft als organisierte Arbeiter ihre volle Pflicht zu tun und dem Verbands treu zu bleiben, dann werde es auch kein Unternehmer wagen, vor Ablauf des Tarifes an demselben zu rütteln; wenn dies aber vorkommen sollte, dann schreien die organisierten Brauereiarbeiter auch nicht zurück, mit den Betreffenden den Kampf aufzunehmen. Ferner ist aber auch zu erwarten, daß die noch nicht organisierten Brauereiarbeiter sich nun schleunigst dem Verbands anschließen, damit nach Ablauf des Tarifes weitere Verbesserungen geschaffen werden können. Mit einem brandenden Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung erfolgte Schluß der Versammlung.

Bewegungen im Berufe.

† Helmstedt. Die Lohnbewegung ist zum Abschluß gekommen. Einmalig wurde der Abschluß, wie allerdings vorausgesehen war, durch die Rückständigkeit der Braunschweiger Verhältnisse. Wir vermuten, daß von dort aus Herr Schumann bearbeitet und scharf gemacht war, doch kam im Laufe der Unterhandlung sein besserer Charakter, wie er seinen Arbeitern bekannt ist, zum Durchbruch, und so konnte ein Tarif zustande kommen, wahrscheinlich zum großen Vergnügen seiner Ratgeber von der Schürmachersippe, welche die schärfsten Konkurrenten in Helmstedt sind. Durch unser Nachgeben in verschiedenen Punkten wird Herr Schumann die Ueberzeugung bekommen haben, daß sich mit den Vertretern des Verbandes recht wohl ein vernünftiges Wort sprechen läßt und ein magerer Vergleich immer noch besser ist als ein fetter Prozeß. Der Tarif, welcher bereits Freitag, den 21. August, in Kraft getreten ist, folgt.

† Neubrandenburg. Auch von diesem vorgeschobenen Posten unseres Verbandes ist ein Erfolg zu melden. Die Einmütigkeit der Kollegen in der Brauerei Wechly ermöglichte es, trotz der kurzen Mitgliedschaft, an die Brauerei unter Beachtung der hier gebotenen Vorsicht heranzutreten. Schon lange bevor die Leute dem Verbandsangehörigen, versuchten sie, wenigstens eine kleine Lohnherabsetzung zu erhalten, aber vergeblich. Nunmehr hat Wechly entdeckt, daß sie notwendig ist, und daß auch sonst noch manches geordnet werden mußte. In der Brauerei Janzen wurde die Organisation bis jetzt streng verboten, aber den Arbeitern dieselben Zustände gemacht, wie bei Wechly. Das haben die organisierten Kollegen von Wechly für sie errungen. Trotzdem soll den Kollegen von Janzen kein allzu großer Vorwurf gemacht werden, da wir wohl wissen, wie ihre Organisation hintertrieben wurde. Sie hatten Vertrauen auf den dort beschäftigten Brauer, gaben ihm den Einladungszettel, welcher ihnen vom Komitee zugesandt wurde, und dieser „Kollege“ hatte nicht eiligeres zu tun, als Zettel und Flugblätter dem Meister, diesem Prinzipal zu geben. Von da wanderte das Material zu Wechly, doch war es da schon zu spät. Den Arbeitern bei Janzen dagegen wurde bei Entlassung verboten, dem Verbandsangehörigen beizutreten. Auch Herr Wechly hatte in die neue Arbeitsordnung den Passus aufgenommen, daß die Leute, welche nicht aus dem Verbandsangehörigen sind, entlassen würden. Da sie einmütig auf ihrem Koalitionsrecht beharrten, wurde er gestrichen. Lange wird sich wohl auch Herr Janzen seines Gewalttätigen nicht freuen können, denn die nötigen Schritte, den Leuten ihr gesetzliches Recht zu geben, sind bereits eingeleitet, und es wird nicht so leicht locker gelassen. Was die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anbetrifft, so werden viele Kollegen es nicht begreifen können, daß wir uns des Ertragens freuen, da es den heutigen Verhältnissen noch in keiner Weise entspricht. Wenn man aber bedenkt, daß die Arbeitszeit bisher überhaupt keine Grenzen hatte, weder Werktags noch Sonntags, daß ohne Ueberstundenbezahlung bis abends 8 Uhr und sehr häufig noch länger gearbeitet werden mußte, und Sonntags bis 12, 1 Uhr, ja oft fast den ganzen Tag; daß Leute, welche lange Jahre im Geschäft tätig sind und verantwortliche Posten bekleiden — gelehrte Brauer gibt es nicht — Wochenlöhne von 14 Mark erhielten, die übrigen entsprechend weniger, daß von Anerkennung des § 616 keine Rede war, daß überdies die Behandlung nichts weniger wie human war, der wird begreifen, daß schon die Begrenzung der Arbeitszeit an Wochentagen von 5 bis 7 Uhr, mit 2 1/2 Stunden Pause, des Sonntags umschichtig von 5 bis 10 Uhr, einen bedeutenden Fortschritt bedeutet. Ueberstunden werden in Zukunft, wenn auch lächerlich gering, mit 25 bzw. 35 Pf. bezahlt. Der Lohn beträgt 16, 18 und 17 Mk. nebst einigen Naturalleistungen. Der § 616 B. G. B. wird anerkannt, und zwar wird bei Krankheit für die Dauer von drei Wochen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt. Die Vereinbarung wurde mit Recht von den Kollegen als erheblicher Fortschritt nach so kurzer Verbandszugehörigkeit betrachtet und anerkannt. Nur der Maschinenist, welcher bereits einen etwas höheren Lohn hatte, und deshalb nur eine kleine Zulage erhält, ist nicht damit einverstanden. Er möge aber bedenken, daß die Solidarität es gebietet, daß wegen einer Person, welche bei einer Bewegung weniger gut abschneidet — und alle übrigen Zustände kommen doch auch ihm zugute, und sie sind doch auch etwas wert — nicht der ganze Erfolg in Frage gestellt werden darf, um so weniger, als bei guter Organisation noch nicht das letzte Wort gesprochen, sondern erst der Anfang gemacht ist. Die Respektierung und Behandlung der Leute hat sich seit ihrer Organisationszugehörigkeit in anerkannter Weise gebessert. Die Kollegen haben durch ihre Einigkeit einen schönen Erfolg errungen, mögen sie sich dessen bewußt sein, daß sie ihn nur durch dieselbe Einigkeit auch erhalten und erweitern können; daß sie stolz darauf sein können, in dieser bis jetzt von der Organisation unberührten Gegend die Pioniere zu sein, welche berufen sind, ihr zu weiteren Fortschritten den Weg zu bahnen. Auch die Kollegen von Janzen mögen sich aufpassen und sich ihr Recht nicht nehmen lassen, denn selbst ein schriftlicher Vertrag in dieser Beziehung ist nichtig. Daß die Herren bestrebt sind, mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln die ippichwörliche Sklaverei der medlenburger Arbeiter aufrecht zu erhalten, mittels deren sie so lange dicke Riemen aus ihrer Haut geschnitten haben, ist ersichtlich, sie werden aber den Siegeszug der Organisationen, welche die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Macht gebracht haben, nicht aufhalten können. Ihr medlenburger Brauerkollege, haltet stand und agitiert unverdrossen für eure Stöße, für den Brauerkollegenverband!

Korrespondenzen.

Berlin. Sektion I. In der gut besuchten Versammlung am 20. August hielt Dr. Maurenbrecher einen sehr interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über den russischen Freiheitsdichter Maxim Gorki. Alsdann nahm die Versammlung den Stenogrammbericht der Verbandsklasse vom 2. Quartal entgegen. Es betrug die Einnahme 3521,50 Mk., die Ausgabe 1995,83 Mk., so daß an die Hauptkasse 1525,67 Mk. abgeliefert werden konnten. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1453,78 Mk., Ausgabe 1096,52 Mk., mithin Ueberfluß 357,26 Mk., dazu der Bestand vom 31. März 6014,32 Mk., abzüglich 500 Mk. als einmalige Rate für die Ausgesperrten im Rhein-gebiet, bleibt ein Lokalkassenvermögen von 5871,58 Mk. Auf Anregung des Vorsitzenden erhielt der Vorstand die Zustimmung zur Anschaffung eines Geldschrankes und zur Versicherung der Bureaukasse gegen Einbruch bzw. Feuergefahr bis zu 2000 Mark. Unter „Innere Vereinsangelegenheiten“ teilt der Vorsitzende mit, daß die Angelegenheit Böhm durch ein eigenhändiges Schreiben des Herrn Böhm, worin derselbe erklärt, von der inzwischen öffentlich besprochenen Beschäftigung unserer Mitglieder hinsichtlich ihres Koalitionsrechts durch den Vorsitzenden Böhm nichts gewußt zu haben, erledigt ist. Herr Böhm verspricht, derartigen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen und ersucht den Vorsitzenden, vorzuzukommen, sich direkt an ihn zu wenden. Ferner berichtet der Vorsitzende über den Ausgang der Angelegenheit des Kollegen Schmitt in der Bierbrauerei, der dort zu Unrecht entlassen war und dessen Wiedereinstellung nach mehrmaligem Verhandeln vor dem Einigungsamt erzielt wurde. Von einer Lohnentschädigung seitens der Brauerei während der Dauer der Arbeitslosigkeit wurde Abstand genommen. Auf verschiedene

Einwendungen einiger Kollegen hinsichtlich inaktiver Unterstützungsmitglieder bzw. Streichung wegen allzulangen Beitragsrückstands empfiehlt Richter den Kollegen, sich durch fleißigen Besuch der Versammlungen über ihre Pflichten und Rechte besser zu informieren. Sodann ermahnte die Arbeitslosenmitglieder, welche vorübergehend in anderen Berufen Beschäftigung aufnehmen, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, um nicht bei plötzlich ausbrechendem Streik an dieser Arbeitsstelle ihrer Unterstützung verlustig zu werden. Ein Antrag, von den Vertretern des Verbandes beim Kölner Kongress einen Bericht in der Verbandszeitung zu fordern über die Vorkommnisse beim Kongress bezüglich des Bonlottbruchs, um die bekannten Flugblattangriffe zu widerlegen, wird von der Versammlung gegen einige Stimmen angenommen. Ein Antrag, Gewährung von Urlaub für unseren Beamten, wurde infolge der vorgeordneten Stunde zur näheren Erörterung der nächsten Vorstands- und Vertrauensmännerziehung überwiesen.

Dortmund. Am Sonntag tagte bei Steimann unsere Versammlung, welche gut besucht war. Es ließen sich verschiedene Kollegen aufnehmen, bzw. umschreiben. Kollege Brülling sprach alsdann über den verflochtenen Kampf und betonte, daß die Einstellung der Ausgesperrten durch die Unternehmung noch so flau vor sich gehe; bisher seien in den Dortmunder Brauereien recht wenig Ausgesperrte untergebracht worden, besonders tun sich darin einige Großbrauereien hervor. Der Kampf sei im großen und ganzen bis heute noch nicht erledigt, wie er es eigentlich sein sollte. Die Herren vom Ring suchten durch eine Machtprobe die Organisation und Rasse der Arbeiter zu sprengen, aber zu ihrem größten Bedauern mußten die Herren sehen, daß ihnen weder das eine noch das andere gelingen konnte. Nun muß es aber für die organisierten Arbeiter heißen, die Rasse und die Räder in der Organisation zehnfach auszufüllen, damit wir in kurzer Zeit gestärkter und geschlossener den Unternehmern gegenüberstehen. An den Bauarbeitern und Bergarbeitern sollten sich die Brauerkollegen ein Beispiel nehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im Lokale des Herrn Steimann tagende gut besuchte Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß die Einstellung der Ausgesperrten so flau vor sich geht und betrachtet dieses als eine Verschleppungstaktik der Unternehmer. Die Versammlung ist überzeugt, daß es sich um verschiedene Herren Unternehmer und auch Direktoren zum Prinzip gemacht haben, bis 1. Oktober überhaupt keinen Ausgesperrten einzustellen, trotzdem in einzelnen Brauereien zusammen ungefähr 40 Mann fehlen, und trotzdem von den 102 (darunter 86 gelehrten) Ausgesperrten nur im ganzen in den Dortmunder Betrieben 3 Mann untergebracht sind. Sollte dieses nicht im guten zu regeln sein, so sieht sich die Versammlung genötigt, andere Schritte einzuleiten.“

Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen, wurde einstimmig beschlossen, den Ausschluß der Mitglieder Berg, Schwab, Gantel, Bittner, Schlenker und Rehmhub beim Hauptvorstande zu beantragen, und auch, daß diese überhaupt nicht mehr aufgenommen werden dürfen. Alsdann sollte der Stenogrammbericht erfolgen, da aber der alte Kassierer noch nicht abgerechnet hat, mußte die Abrechnung bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Nachdem erfolgten noch einige Wahlen und mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Dresden. Am 13. August fand im „Gambrius“ eine gutbesuchte Versammlung statt, in der Kollege Klippel über „Das Los der deutschen Brau- und Malzindustrie und deren Arbeiter in der Zukunft“ referierte. Lebhafter Beifall lohnte ihn. Im Gremialsaal kam ein Schreiben des Syndikus der hiesigen Großbrauereien zur Verlesung, in dem den Brauerkollegen ein jehdeber Einfluss auf den hier bestehenden Arbeitsnachweis der Brauer abgefragt und dieser nur als Nachweis von Unternehmergaben betrachtet wird. Nach lebhafter erregter Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und die Ortsverwaltung beauftragt, sofort beim Vorsitzenden der vereinigten Brauereien in dieser Sache vorzustellen zu werden: „Die Versammlung erhebt energischen Protest gegen die Mitteilung des Syndikus der Dresdener Großbrauereien, Herrn Dr. Damm, daß der Arbeitsnachweis für Brauer nur eine Institution der Brauereien sei; sie verlangt vielmehr entschieden, daß der auch von den Brauereien in der Öffentlichkeit immer betonte paritätische Standpunkt weiter volle Geltung behält.“

Frankfurt a. M. Die Versammlung vom 13. August war trotz der wichtigen Tagesordnung schlecht besucht. Zu Beginn wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Holschneider im üblicher Weise geehrt. Mithin gibt bekannt, daß der Verbandsarbeitsnachweis für die auswärtigen Brauereien am 14. August in Kraft tritt und als Lokal bis auf weiteres Bierhellig bestimmt wird. Auerbach wird als Vertreter zur Beratung der Ursachverhältnissvorschriften der Brauerei und Malzerei-Vereinsgenossenschaft bestimmt. Alsdann berichtet Mithin über die Gründe und Notwendigkeit der Anstellung eines Lokalkassenbeamten. Durch das feste Steigen der Mitgliederzahl (3. Jt. 900) ist es unmöglich, daß die jetzige Verwaltung die vielen Arbeiten erledigen kann, besonders der Kassierer, der tagsüber auch in der Brauerei beschäftigt ist, somit die ganzen Arbeiten nur abends erledigen und so seinen Pflichten, ohne seiner Gesundheit zu schaden, unmöglich nachkommen kann. Da die Beiträge nicht erhöht werden können, weil der statutenmäßige Zuschuß von 10 Prozent aus der Hauptkasse die Unkosten deckt, und nur ein jährlicher Zuschuß von etwa 300 Mk. aus der Lokalkasse für die Lokalmiete z. z. nötig ist, so empfehlen der Vorstand und die Vertrauensleute die Anstellung eines besoldeten Beamten vom 1. Oktober ab, mit einem Anfangsgehalt von 1800 Mk. In der darauf folgenden sehr lebhafte Diskussion meinte Kollege Krüppel, daß die Anstellung eines Lokalkassenbeamten dochgar nicht nötig sei, da die Arbeiten nicht so viel seien, und vor 1899 auch ohne Beamten erledigt worden (bei 500 Mitgliedern). Dann bringt er in großen Zahlen die vielen Auslagen der Arbeiter für indirekte Steuern, Kleider zc. und meinte zum Schluß, wenn wirklich einer angestellt werden müsse, dann 1400 Mk. als Anfangsgehalt vollaus genügen, da ein Brauer auch nicht mehr verdiene. Das ist eine Inkonsequenz! Als Arbeiter beklagt er sich, daß der Verdienst gegenüber den Auslagen zu wenig ist, und als Arbeitgeber in diesem Falle will er dem Beamten den Lohn von 1400 Mk., noch nicht 27 Mk. pro Woche, ohne Bier bezahlen. Verschiedene andere Redner meinten, daß man hätte warten können, bis das 1000 voll sei, und daß man schließlich dem Kassierer eine Quittung hätte beigegeben können. Den verschiedenen Rednern wird von Seiten der Vorstandsmitglieder nochmals die Notwendigkeit bezeugt, und wird schließlich der Antrag des Vorstandes durch geheime Abstimmung mit 84 gegen 54 Stimmen angenommen. Der Antrag, eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde vorerst mit 84 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Das Bureau soll im Gewerkschaftshaus platziert werden. Zweck Regulation der Anstellungsverhältnisse wird eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Krüppel, Böchner und Auerbach, gewählt. Wegen vorgeordneter Zeit wird der Punkt Arbeitsnachweis auf die nächste Versammlung vertagt.

Halberstadt. Die Versammlung vom 13. August war nach langer Zeit wieder einmal gut besucht. Aufnahmen hatten wir 1, Umschreibungen 2. Kollege Ragerl nahm die Bestellung der Präzisionsliste zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Zahlstelle Halberstadt noch einmal so groß sein müsse, denn es gebe hier in Halberstadt nach so viele Brauerkollegen, welche dem Verbandsangehörigen noch fernstehen. Es sei eines jeden Pflicht, zu agitieren. Er erwähnte noch die Klosterbrauerei

Abberhof, wo doch in diesem Jahre durch die Zahlstelle Halberstadt Wochenlöhne eingeführt wurden und es sei hier noch keine nötig hielt, sich in der Versammlung sehen zu lassen, bis heute, wo ein Kollege anwesend sei (der auch versprach, in nächster Versammlung mehr mitzubringen). Die Kollegen müssen doch wissen, daß nur durch den Verband die Verhältnisse gebessert werden, denn noch keiner der Herren Arbeitgeber hat gesagt, daß Fleisch ist jetzt zu teuer, mit dem Lohn könnt ihr nicht auskommen, ich werde euch eine Mark zulegen. Die Brauerkollegen hier haben jetzt ihren Ring auch gebildet, um ihre Interessen zu vertreten. Darum ist es erst recht verdammt Pflicht der Arbeiter, sich unserem Verbandsangehörigen anzuschließen. — Die Abrechnung vom 2. Quartal, welche für richtig befanden, fand Aufnahme. Nun entspann sich eine heftige Debatte über die 16 Mitglieder, welche 177 Wochenbeiträge schuldeten, wobei Ragerl es jedem einzelnen aus Herz legte, doch seine Beiträge immer pünktlich zu zahlen, denn wenn einer mehr als 10 Wochen schulde, habe er auf nichts mehr Anspruch, weder bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Todesfall. Im Verlaufe der Diskussion laut über den Kohntarif in Wittenburg, wo aber nichts mehr daran zu ändern ist, da die Wittenburger bei der Versammlung, wo der Tarif durchgenommen wurde, mit allem Eifer einverstanden waren. Die Uneinigkeiten in der Brauerei sind lediglich darauf zurückzuführen, daß in einer Brauerei wie Wittenburg, wo kaum insgesamt 20 Mann arbeiten, ein halbes Duzend Organisationen vertreten sind, alles nur wegen persönlicher Reibereien, weshalb auch bei Wittenburg der Kohntarif nur 6 Mann anwesend waren. Solange in Wittenburg die verschiedenen Verbände sind, wird es mit den Reibereien niemals aufhören.

Hamburg l. Versammlung vom 26. August. Eingangs wurde kritisiert, daß der letzte Versammlungsbericht nicht richtig gewesen sei, speziell im Falle der Billbrauerei betr. der Kollegen von Kiel. Im Kartellbericht wurde bekannt gegeben, daß unsere Sektion zum Vergarbeiterstreik 367,50 Mk. aufgebracht habe. Nach dem Stenogrammbericht betrug am 1. Juli der Bestand der Unterstützungskasse 529,81 Mk., der Sterbelasse 75,93 Mk., die Lokalkasse hatte 9,50 Mk. Defizit. Den Kuratoriumsbericht erstattete Kollege Döllinger. In dem Falle der Billbrauerei sei entschieden worden, daß, sobald der benachteiligte Kollege außer Arbeit kommt, die Billbrauerei dann denselben in Arbeit nimmt, und wird derselbe auch im Rang dem zugewiesenen Kollegen vorgestellt. Die Versammlung stimmte dem zu. Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Bundesmitgliedes Klurer, Hansfabriker. Derselbe hat Verbandsmitglieder in Gegenwart der Direktion der Faulenberger bestraft, trotzdem er die Leistungen derselben gar nicht kennt. Er erklärte, Arbeiter für 24 Mark seien ihm lieber als wir für 33 Mark wöchentlich. Was der Kollege wohl sagen würde, wenn die Direktion über kurz oder lang einmal erklären sollte: Leute für 33 Mark wöchentlich sind uns lieber als Sie für 170 Mk. monatlich? Wir raten dem Herrn Kollegen zur Mäßigung, sonst würden wir gewungen werden, eine etwas schärfere Tonaart anzuschlagen. Von der Warmbader Brauerei wird berichtet, daß dort die Ueberstunden durch Abschließen vergütet werden, obwohl dieses nicht faktisch ist.

Strichberg l. Schl. Am 20. August fand hier eine gutbesuchte Brauerkollegenversammlung statt, in der Kollege Baeker über „Die Verbesserung unserer Lage durch die Organisation“ sprach. In seinem Vortrag unterzog er die unregelmäßige Arbeitszeit — besonders die der Bierfahrer —, die lange, ungeschickte Sonntagsarbeit, wo alle Wochentags übrig bleibenden Arbeiten verrichtet werden müssen, bei einer für die Strichberger Verhältnisse höchst unzulänglichen Entlohnung, einer eingehenden Kritik, und rühte die sogenannten „Böhschäfts-einrichtungen“, wie Schlafen im Betrieb, ins rechte Licht. Er stellte den Strichberger Verhältnissen die an anderen Orten durch die Organisation geschaffenen besseren gegenüber, und zeigte unter Anführung der Summen, was seitens des Verbandes an Unterstützungen an die Mitglieder gezahlt wurde, zum Schluß die Anwesenden auffordernd, sich dem Verbandsangehörigen, welcher Aufforderung auch sämtliche Anwesenden nachkamen. Die Gründung der Zahlstelle wurde sogleich vollzogen und versprach der anwesende Kartellvorsitzende namens der in ziemlicher Zahl organisierten Arbeiter, der jungen Zahlstelle mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Der Grundstein ist jetzt gelegt. Mitglieder, sorgt nun für Veranziehung der noch nicht organisierten Brauerkollegen zum Brauerkollegenverband, damit auch hier einmal bessere Verhältnisse — geregelte Arbeitszeit, höherer Lohn, Sonntagstrübe, gute Behandlung usw. — geschaffen werden können.

Koburg. Die Versammlung vom 19. August nahm die Abrechnung vom 2. Quartal entgegen. Auffällig war, daß mehrere Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, und soll ferner nach dem Statut verfahren werden. Betreffs Gründung einer Lokalkasse wurde man sich dahin einig, vom 1. September ab jeden letzten Freitag im Monat 10 Pf. Lokalkassenbeitrag zu entrichten. Zur Ansarbeitung eines Tarifs wurde eine Kommission gewählt. Unter „Beschwerden“ wurde das Verhalten des Braumeisters Metel, Brauerer Cassier, getadelt.

Neuß. Die Versammlung am 20. August war schlecht besucht, besonders die Rutscher fehlten. Die Kollegen von Heun werden zeigen am meisten Interesse für unsere Sache, diese wissen auch, was der Verband für sie getan hat. Klage wurde auch geführt über das Verhalten einzelner Kollegen, welche auch wieder lieb kind spielten, daß die anderen rausfliegen. Kollegen, kommt in die Versammlung, damit, wenn derartige Sachen vorkommen, man diese früher besprechen kann. Die Versammlung findet jeden dritten Sonntag im Monat statt; nächstes wird noch bekannt gemacht. Die Kollegen von Hebidt zeigen auch wenig Interesse; sie sind wohl auch etwas abgelenkt durch die Aussperrung. Ja, Kollegen, wenn wir einmal alt und feig sind, dann entledigt man sich auch unserer, und wir müssen andere Arbeit annehmen, ob wir organisiert sind oder nicht. Aber verhindern können wir dieses nur durch die Organisation, der jeder Brauerkollege angehören soll.

Schwertin. In der am 11. August stattgefundenen Versammlung wurde als erster Punkt vom Kollegen Geiden die Abrechnung vom 2. Quartal erstattet. Hierauf schilderte der Vorsitzende die Abschließung der tariflichen Vereinbarung des Städtischen Brauhauses, welcher Herr Never. Wie bekannt, war Herr Never von seinen Verwandten scharf gemacht worden gegen die Organisation der Brauerkollegen; es bedurfte mehrmaligen Vorstellens seitens des Vorstandes, daß ihre Nähe umsonst sei; einen Tarif, wie er auf den anderen Brauereien besteht, ginge er auf keinen Fall ein. Es war während der Verhandlung keine Einigkeit zu erzielen. Hierauf wandten sich Geil und Freke an die Vereinigung der Schweriner Brauereien zwecks Einberufung einer Sitzung, wozu Herr Neved, Besitzer der Brauerei Schall u. Schwente, sich sofort bereit erklärte. Herr Never, von diesem in Kenntnis gesetzt, wurde die Sache doch wohl zu heiß, und er gab die Erklärung ab, sich mit seinen Reuten zu einigen und den Tarif abzuschließen. Dieses ist nun wohl geschehen, aber in welcher Weise? Es wurde ein Brief zusammengeschrieben, man ließ nun alle Arbeiter ins Kontor kommen, aber des Vertrauensmannes Anwesenheit hielt man nicht für gut; diesen rief man erst eine Stunde später. Sämtlichen Arbeitern wurde nun das Schriftstück vorgelesen, dann hieß es: Alle sofort unterzeichnen, sonst seid ihr alle sofort entlassen. Durch diesen Druck ergoß man sich die Unterschriften der Leute. Kollege Freke kritisierte scharf das Verhalten der dortigen Kollegen, da er doch allen Anweisungen erteilt hätte